Stadt Zürich
Gemeinderat

Stadt Zürich
Gemeinderat
Parlamentsdienste
Stadthausquai 17
Postfach, 8022 Zürich

T +41 44 412 31 10
gemeinderat@zuerich.ch
gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll
19. Ratssitzung vom 28. Oktober 2026

849. 2026/352
Postulat von Tanja Maag (AL), Alice Kohli (SP) und Yves Henz (Grüne) vom 01.07.2026:
Ausländerinnen- und Ausländerbeirat, Umbenennung und wirksamere Einbindung in politische Prozesse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Stadtpräsident namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Tanja Maag (AL) *begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 358/2026): Ich stelle das Postulat zum Ausländer*innenbeirat vor. Zuerst möchte ich das Engagement der Beiratsmitglieder würdigen. Der Beirat hat letzten Herbst sein 25-jähriges Jubiläum gefeiert. Mein Dank gilt den 25 Mitgliedern der letzten Legislatur ebenso wie dem neu zusammengesetzten Gremium. Sie investieren ihre Freizeit in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Verständigung. Dabei trauen sie sich, sich zu exponieren, und nehmen eine Aufgabe wahr, die sie eigentlich wieder loswerden wollen, nämlich durch ihre Einbürgerung. Der Vorstoss soll das Gremium keineswegs infrage stellen. Im Gegenteil, er soll dem Beirat mehr Sichtbarkeit und Gewicht verleihen. Heute ist der Beirat eine beratende Kommission des Stadtrats und organisiert sich selbst in thematischen Arbeitsgruppen. Er vermittelt dem Stadtrat die Anliegen und Bedürfnisse der ausländischen Wohnbevölkerung Zürichs, unterstützt ihn in integrationspolitischen Fragen und trifft sich einmal pro Jahr mit ihm. Für diese gesellschaftlich so wichtige Brückenfunktion wünsche ich mir mehr Gewicht und ein Austauschgefäss mit dem Gemeinderat. Mit einer stärkeren Einbindung und besseren Sichtbarkeit zeigen wir indirekt auch den Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht, dass sie wichtig sind und dazugehören. Uns ist wichtig, dass der Beirat in einen solchen Prozess einbezogen wird. Bei dieser Gelegenheit soll, wie es das Postulat anregt, auch der Name des Rats kritisch geprüft werden. Der aktuelle Name schafft eine sprachliche Trennung zwischen innen und aussen, zwischen Inländer*innen und Ausländer*innen. Gerade diesen Graben wollen wir überwinden und auf eine inklusive Willkommenskultur hinarbeiten. Dafür gibt es sicher geeignetere Namen.*

Stefan Urech (SVP) *begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. August 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat ist ein Mischmasch aus vagen Aussagen und «Woke- und Social-Justice-Slogans», die auch in der mündlichen Begründung nicht konkret werden. Der Beirat soll etwas mehr in politische Prozesse einbezogen werden. Was heisst das? Einen konkreten Vorschlag habe ich*

*nicht gehört. Vielleicht wissen Sie eben, dass es heikel ist, wenn der Stadtrat irgendwelche Leute für ein Gremium auswählt, das dann in den politischen Prozess einbezogen wird. Das klingt nicht sehr demokratisch. Ich bin gespannt, ob die nachfolgenden Redner*innen konkreter sagen können, wie sie sich das vorstellen. Die Umbenennung des Beirats ist sehr herzig. Auch dafür haben Sie einen oder zwei Vorschläge, etwa «Beirat für Menschen mit internationalem Wohnhintergrund». Es ist typisch für linkes Gedankengut, zu meinen, dass man die Realität mit Sprache verändern könne. Vielleicht versucht ihr einmal, nicht mehr von der SVP zu sprechen, sondern von den «Sünnelis». Vielleicht mögt ihr uns dann eher. Macht doch nachher noch ein, zwei Vorschläge. Ich bin gespannt.*

Weitere Wortmeldungen:

Alice Kohli (SP): *Wie ich vorhin schon gesagt habe, ist der Ausländerinnen- und Ausländerbeirat ein Beirat von Menschen, denen es unheimlich schwer gemacht wird, die gleichen Rechte wie wir im Gemeinderat auszuüben. Als beratendes Gremium des Stadtrats hat er eigentlich nur dann etwas zu sagen, wenn der Stadtrat Lust hat, ihm zuzuhören. Jugendliche hingegen können bspw. im Rahmen des Jugendparlaments Postulate einreichen. Es wäre begrüssenswert, wenn der Ausländerinnen- und Ausländerbeirat dieses Recht ebenfalls erhielte – samt dem Recht, seine Postulate im Gemeinderat vorzustellen. Das wäre ein konkreter Vorschlag. Ausserdem sollte der Beirat bei Geschäften, die Migrantinnen und Migranten direkt betreffen, ein Anhörungsrecht erhalten. Seine Legitimation würde zusätzlich gestärkt, wenn ihn die ausländische Wohnbevölkerung direkt wählen könnte. All diese Vorschläge liessen sich einfach umsetzen und würden das Zürcher Demokratiedefizit zumindest ein bisschen verringern. Sprache bewirkt sehr viel. Ein Name, der die Mitglieder des Beirats über das definiert, was sie oft unfreiwillig nicht sind, nämlich Schweizer Bürgerinnen und Bürger, ist ausgrenzend. Wie wäre es zum Beispiel mit einem Mitwirkungsrat oder einfach mit einem Einwohner*innenbeirat? Oder wir fragen die Mitglieder des Beirats selbst, wie sie heissen und sich einbringen wollen. Wir freuen uns auf jeden Fall auf die Vorschläge des Stadtrats, wenn das Postulat überwiesen ist.*

Përparim Avdili (FDP): *Mir geht es ehrlich gesagt ähnlich wie Stefan Urech (SVP): Ich verstehe beim besten Willen nicht, was ihr mit diesem Vorstoss genau wollt. Wie ihr wisst, bin ich da persönlich sehr offen. Das gilt auch für meine Fraktion. Ich habe selbst mehrfach Vorstösse eingereicht, um besser zu verstehen, wie man die ausländische Wohnbevölkerung integrieren kann oder wie wir den Einbürgerungsprozess vereinfachen könnten, sofern das wirksam ist. Martina Zürcher (FDP) hat es beim vorherigen Vorstoss gesagt: Wir müssen aufpassen, dass wir keine Alibiübung veranstalten und keine falschen Hoffnungen wecken. Genau danach sieht dieser Vorstoss für mich aus. In zwei Voten haben wir einen einzigen konkreten Vorschlag gehört, nämlich ein Antragsrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Das hat der Gemeinderat im Rahmen einer Idee, an der ich auch beteiligt war, schon einmal prüfen lassen. Damals wollte man eine Art Bevölkerungsantrag einführen, mit dem sich ähnlich wie beim Jugendvorstoss ein Antrag zuhanden der Geschäftsleitung formulieren liesse. Natürlich nicht gleichgestellt mit dem Gemeinderat, sonst würden wir diese Rolle ja missbrauchen. Es wurde rechtlich abgeklärt*

und wir haben festgestellt, dass das kantonale Gesetz es verunmöglicht. Ich hinterfrage zwar immer wieder, wie viel Wirkung der Ausländerbeirat erzielt, aber er macht meiner Meinung nach keinen schlechten Job. Ich habe auch schon an seinen Veranstaltungen teilgenommen. Er kann sich bereits heute konkret einbringen, nämlich als beratendes Gremium, das vom Stadtrat angehört wird. Einen anderen politischen Prozess, in den er sich einbringen könnte, gibt es rechtlich nicht. Will man sich anders einbringen können, müssten wir das Stimm- und Wahlrecht ändern. Das wäre keine Alibiübung mehr, sondern eine ganz andere Übung. Dazu gibt es auch in meiner Partei unterschiedliche Positionen. Diese Diskussion muss man aber ehrlich und direkt führen – nicht mit einem Vorstoss, der dann auch noch eine neue Bezeichnung fordert, weil der heutige Name die Menschen ausgrenze. Wenn, dann grenzt der Name Schweizer aus. Und natürlich grenzt er diese aus, denn sie haben ja bereits eine Vertretung im Gemeinderat, weil sie wählen können. Darum ist es eben wichtig, dass der Ausländerbeirat für Ausländerinnen und Ausländer da ist. Etwas dazwischen gibt es rechtlich nicht. Ich will keine Trennung zwischen den einen und den anderen Ausländern machen, genauso wenig wie zwischen Schweizern mit und ohne Migrationshintergrund oder zwischen Schweizern, die Fussball mögen, und solchen, die ihn nicht mögen. Es gibt Ausländer, und es gibt Schweizer. Das ist der rechtliche Status und damit wollen wir arbeiten. Wie wir die ausländische Wohnbevölkerung besser einbinden können, kann man in den Gremien diskutieren, aber nicht im Gemeinderat. Möglichkeiten gibt es heute schon, und sie stehen allen offen. In der FDP zum Beispiel kann man als Ausländer oder Ausländerin Mitglied werden und sich als Mitglied oder Delegierte in den politischen Prozess der Partei einbringen. Zur Wahl stellen kann man sich nicht, dieser Schritt bleibt Schweizerinnen und Schweizern vorbehalten. Man integriert sich über das gesellschaftliche Leben, über die Arbeit oder indem man ein Unternehmen gründet, und nimmt so aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teil. Was wir heute gehört haben, ist nicht konkret. Es klingt für mich nach einem sehr seltsamen Menschenbild der anderen Ratsseite. Man hat ständig das Gefühl, die ausländische Wohnbevölkerung sei nicht schlau genug, um sich ebenbürtig einzubringen. Vorhin hiess es sogar, weisse Menschen seien privilegiert. Was ist das für ein Menschenbild, wenn man meint, nicht weisse Menschen könnten sich nicht genauso gut informieren? Davon müssen wir wegkommen. Man kann den Prozess vielleicht vereinfachen, aber man muss die Leute nicht an die Hand nehmen und bemuttern.

Attila Kipfer (SVP): *Mit dem vorliegenden Postulat verlangen SP, AL und Grüne, dass der Ausländerbeirat der Stadt Zürich umbenannt und stärker in politische Entscheidungsprozesse eingebunden wird. Für uns ist das Postulat völlig unnötig, schafft falsche Erwartungen und wirft grundlegende demokratiepolitische Fragen auf. Wir lehnen es aus mehreren Gründen ab. Erstens sind unsere demokratischen Institutionen klar definiert. In der Schweiz beruhen politische Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte auf demokratisch legitimierten Strukturen. Der Gemeinderat wird von den Stimmberechtigten im jeweiligen Stadtkreis gewählt. Wir Ratsmitglieder tragen entsprechend Verantwortung für unsere Wähler und die Bevölkerung dieser Stadt. Der Ausländerbeirat hingegen ist eine beratende Kommission des Stadtrats. Er verfügt weder über ein demokratisches Mandat der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung noch über eine Legitimation wie ein gewähltes Parlament. Wenn er nun stärker in politische Prozesse eingebunden werden soll,*

stellt sich zwangsläufig die Frage, welche Einflussmöglichkeiten konkret geschaffen werden sollen. Politische Entscheidungsprozesse müssen transparent bleiben und die demokratische Legitimation respektieren. Eine institutionelle Sonderstellung für eine einzelne Interessengruppe lehnen wir ab. Zweitens ist politische Mitwirkung schon heute möglich. Wie Përparim Avdili (FDP) gesagt hat, können Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht ihre Anliegen auf vielfältige Weise einbringen. Sie können sich in einem Quartierverein, einem politischen Verein, in Verbänden, Interessengruppen und vielem mehr engagieren. Sie können sich für eine Initiative einsetzen und beim Unterschriftensammeln helfen, auch wenn sie selbst nicht unterschreiben dürfen. Dafür braucht es keine institutionelle Aufwertung des Beirats. Wer die vollen politischen Rechte in Zürich ausüben möchte, muss das Bürgerrecht erwerben. Das ist richtig und sinnvoll, denn so ist sichergestellt, dass die richtigen Leute über die Zukunft unseres Landes und unserer Stadt entscheiden. Drittens brauchen wir keine Parallelstrukturen. Die Stadt hat bereits unzählige Fachstellen, Kommissionen, Mitwirkungsgruppen und andere Möglichkeiten, bestimmte Interessen gezielt zu vertreten. Statt immer neue Gefässe zu schaffen, sollte sie sich lieber um ihre Kernaufgaben kümmern. Das sagen wir immer wieder. Wir brauchen keine zusätzlichen Parallelstrukturen. Erst recht nicht, wenn deren demokratische Legitimation fragwürdig ist und kein echter Mehrwert entsteht. Viertens gilt für uns Gleichbehandlung statt Sonderbehandlung. Die Stadt soll die Anliegen der ganzen Bevölkerung wahrnehmen und nicht nur jene einer einzelnen Gruppe. Viele Bevölkerungsgruppen haben besondere Interessen und Bedürfnisse, aber daraus lässt sich nicht ableiten, dass jede ein eigenes Gefäss erhält. So müsste es aber sein, denn sonst wäre eine Gruppe bevorteilt, und das wäre allen anderen gegenüber ungerecht. Die Stadt sollte sich wieder am Gemeinwohl orientieren, statt immer mehr Sonderrechte zu schaffen. Das Postulat bringt der Bevölkerung der Stadt Zürich keinen Mehrwert. Wir von der SVP lehnen es ab.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich habe es heute schon einmal gesagt: Die Die Mitte unterstützt das Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer in der Stadt Zürich. Dennoch lehnen wir den Vorstoss ab, weil er sehr unklar ist. Der Vorschlag, der vorhin doch noch gekommen ist, funktioniert vielfach nicht. Es wäre schön, wenn es eine Art Jugendparlament für Ausländerinnen und Ausländer gäbe, aber wir sehen dafür die rechtlichen Möglichkeiten nicht. Wie man den Beirat weiter in den politischen Prozess einbinden soll, sehen wir leider auch nicht. Es wurde jedoch schon verschiedentlich erwähnt, wie man sich heute auch ohne Schweizer Pass politisch engagieren kann. Der Umbenennung stehen wir noch skeptischer gegenüber. Nehmen wir zum Beispiel den Vorschlag mit dem Einwohnerbeirat: Ich fühle mich auch als Einwohnerin der Stadt Zürich. Ich weiss nicht, ob man dann wirklich mich fragen will, wenn es um migrantische Themen geht. Insgesamt erachten wir den Vorstoss als zu wenig konkret und rechtlich nicht ganz umsetzbar.*

Yves Henz (Grüne): *Ich fange mit einer Zahl an. Ein Drittel der Zürcherinnen und Zürcher hat keinen Schweizer Pass und ist damit formell und rechtlich davon ausgeschlossen, zu wählen und gewählt zu werden. Das hat nichts mit dem zu tun, was vorhin bezüglich Menschenbilds behauptet wurde. Es ist eine Tatsache, dass eine Zürcherin ohne Schweizer Pass nicht gewählt werden kann. Sie wollen offenbar zwischen Zürcher*innen mit weniger und solchen mit mehr Rechten unterscheiden. Wir unterstützen das nicht.*

Wir stehen für die Gleichstellung aller Zürcherinnen und Zürcher und damit auch dafür, dass Menschen ohne Schweizer Pass am politischen Prozess teilhaben und mitbestimmen können. So soll das Postulat gelesen werden. Seltsam ist auch die Behauptung, das sei eine neue Entwicklung. Zürich war schon immer multikulturell und wurde schon immer von allen möglichen Menschen geprägt und stark gemacht. Nutzen wir diese Stärke unserer Stadt auch auf politischer Ebene. Es ist absurd, dass jede dritte Person in diesem Saal nicht repräsentiert ist. Stellen Sie sich einmal vor, wie viele Menschen das sind. Es sind Geschwister, Verwandte, Menschen, die arbeiten und Steuern zahlen, aber politisch nichts zu sagen haben. Zum KI-Votum der SVP möchte ich noch anfügen: Überprüft eure Begriffe. Man kann doch nicht mit Gemeinwohl, Gleichbehandlung und Demokratie begründen, warum man ein Drittel der Bevölkerung von der Teilnahme ausschliessen will. Absurder geht es kaum. So etwas kommt eben heraus, wenn man seine KI-Texte nicht richtig reflektiert. Es spricht alles für die Annahme dieses Postulats.

Christine Huber (GLP): *Das Postulat bringt einen wichtigen Punkt auf den Tisch: Wie können wir die Mitwirkung von Personen ohne Schweizer Pass in unserer Stadt stärken und ihre Anliegen besser in politische Entscheidungsprozesse einbringen? Es ist sinnvoll, bestehende Mitwirkungsgefässe wie den Ausländer*innenbeirat regelmässig darauf zu überprüfen, ob sie ihren Zweck erfüllen und ob sie der heutigen gesellschaftlichen Realität noch entsprechen. Das Postulat verlangt weder die Schaffung neuer politischer Rechte noch eine grundlegende Umgestaltung unserer demokratischen Institutionen. Es fordert eine Prüfung, wie der Beirat wirksamer eingebunden werden kann und ob seine Bezeichnung noch zeitgemäss ist. Ein zeitgemässer Name kann dazu beitragen, die Rolle des Gremiums klarer zu definieren und seine Funktion als Vertretung und Ansprechpartner für Menschen mit internationaler Biografie besser sichtbar zu machen. Noch wichtiger ist die Frage, wie die Erfahrungen und Perspektiven des Beirats frühzeitig in politische Diskussionen einfliessen können. Daher stimmt die GLP dem Postulat zu.*

Tanja Maag (AL): *Abgesehen vom sehr klaren Votum der GLP und den Voten der Befürworter*innen ist das eine seltsame Debatte. Es heisst, der Vorstoss sei vage, man wisse nicht, was er wolle, man verstehe ihn nicht. Sobald ein konkretes Beispiel genannt wird, passt das aber auch nicht. Es sei rechtlich nicht machbar, oder man fühle sich selbst ja auch als Einwohnerin. Offenbar können Sie es nicht aushalten, dass man etwas offenlässt. Die Frage nach dem Namen des Beirats habe ich bewusst offengelassen. Es gibt Beispiele wie etwa einen Beirat für Migrationsfragen oder einen Beirat für Partizipationsfragen. Aber der Punkt ist, dass nicht wir das entscheiden oder Vorschläge machen sollen. Es ist ein Prüfauftrag, wo zusammen mit den Leuten vom Beirat angeschaut werden soll, welche Möglichkeiten es gibt. Das habe ich explizit gesagt. Vielleicht ist der Name schon gut so. Dann haben wir es immerhin geprüft. Dasselbe gilt für die Frage, wie sich der Beirat noch stärker einbringen könnte. Selbstverständlich ist gemeint, dass dies im Rahmen der demokratischen Legitimation stattfinden soll. Wir wollen sicher kein Gremium schaffen, das demokratisch nicht legitimiert ist. Zu dem Beispiel der FDP mit dem Antragsrecht haben wir recherchiert und gesehen, was in der Vergangenheit schon geprüft wurde und was rechtlich nicht geht. Darum haben wir auch dort bewusst auf etwas Konkretes verzichtet. Es freut mich, dass es Einzelne verstanden haben.*

Martina Zürcher (FDP): *Ich habe dieser Debatte gut zugehört und vor allem Voten zum Ausländerstimmrecht gehört. Man kann dafür oder dagegen sein, und wir können gerne im Rat darüber sprechen. Es liegt aber nicht in unseren Händen und darum geht es in diesem Vorstoss auch nicht. Es geht um den Ausländer*innenbeirat und um den politischen Prozess. Ich fange mit dem Wort «Mitwirkung» an. Bei partizipativen Veranstaltungen, zu denen etwa das Tiefbauamt hin und wieder einlädt, spielt die Staatsbürgerschaft gar keine Rolle. Jede und jeder kann sich einbringen. Im Vorstoss steht: «Der Stadtrat ist darum gefragt, auch einen Austausch zwischen Ausländer*innenbeirat und dem Gemeinderat zu ermöglichen.» Da muss ich sagen: Sie haben nicht ganz verstanden, wer der Gemeinderat ist. Wir vertreten die Stimmbevölkerung, die uns gewählt hat. Austauschen können wir uns gerne mit allen möglichen Gruppen. Aber der Beirat ist als beratende Kommission des Stadtrats richtig angesiedelt und gehört nicht an den Gemeinderat angebunden. Wie Përparim Avdili (FDP) gesagt hat, kann man sich auch anderweitig in den politischen Prozess einbringen. Als konkretes Beispiel ist der Wahlkampfleiter der FDP in meinem Kreis nicht Schweizer. Man kann sich also auch ohne Schweizer Pass vielfältig engagieren. Wir sind der Meinung, dass die bestehenden Strukturen gut sind.*

Das Postulat wird mit 77 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat